

Akademische Bildung | 21.09.2017 | Lesezeit 4 Min.

Neun Wege zur Hochschule der Zukunft

Die deutschen Universitäten und Fachhochschulen hinken in puncto Digitalisierung und Internationalisierung hinterher. Und auch die Lehre lässt vielerorts zu wünschen übrig, wie die teils hohen Abbrecherzahlen zeigen. Die Hochschulpolitik und -finanzierung braucht deshalb neue Konzepte, die auch den Bund einbinden.

Auf den ersten Blick scheint alles gut zu laufen an den deutschen Hochschulen: Obwohl die Zahl der Studenten innerhalb von nur anderthalb Jahrzehnten um eine Million auf zuletzt 2,8 Millionen gestiegen ist, sind die Universitäten und Fachhochschulen nicht kollabiert. Und auch der Bologna-Prozess, der unter anderem die international anerkannten Studienabschlüsse Bachelor und Master mit sich brachte, ist so gut wie abgeschlossen.

Und trotzdem hakt es im deutschen Hochschulsystem:

In manchen Fächern bricht jeder zweite Student sein Studium ab, oft fehlt der Praxisbezug, die Auslandsmobilität stagniert, viele Unis und Studentenwohnheime sind sanierungsbedürftig.

Hinzu kommen die Digitalisierung, die Internationalisierung und der demografische Wandel – drei Megatrends, auf die die einzelnen Hochschulen nur bedingt reagieren können, weil hier eine länderübergreifende Koordinierung dringend erforderlich wäre.

Um die Hochschulen zukunftsfest zu machen, müssen neun Punkte in Angriff

genommen werden:

1. Die Digitalisierung, also virtuelle Experimente, Big Data-Analysen sowie orts- und zeitunabhängiges Lehren und Lernen bieten Studenten und Hochschulmitarbeitern große Chancen. Allerdings gibt es auch noch viele Baustellen: Das Netz muss leistungsfähiger werden, Rechnerkapazitäten müssen ausgebaut und Hochleistungsrechner länderübergreifend koordiniert werden.

In der Lehre fehlt eine bundesweite Plattform zur Entwicklung und Nutzung digitaler Lehrangebote. Medientechnisch versiertes Personal ist meist in befristeten Projekten beschäftigt, dabei wäre es permanent erforderlich. Ungeklärt ist auch, welche Auswirkungen die digitale Lehre auf die Festlegung der Zahl der verfügbaren Studienplätze hat.

2. Die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation haben die Kooperation von Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen gestärkt und international beachtete Leistungen hervorgebracht. Der Pakt für Forschung und Innovation sollte daher ebenso wie die Exzellenzstrategie, für die jährlich 533 Millionen Euro vorgesehen sind, verstetigt werden. Unzureichend ist dagegen die Förderung der angewandten Forschung an den Fachhochschulen, die zudem 2018 ausläuft. Zusätzlich zum neuen Programm „Innovative Hochschule“ sollte deshalb das bisherige Programm „Forschung an Fachhochschulen“ fortgeführt werden.

3. Wenn Wissenschaft und Wirtschaft kooperieren, profitieren beide Seiten – dies zeigt auch der Evaluationsbericht zur Exzellenzinitiative. Daher sollte das Förderkriterium „Anwendungsbezug und Erkenntnistransfer“ noch stärker gewichtet werden. Außerdem sind Musterverträge für einen fairen Ausgleich von Publikations- und Geheimhaltungsinteressen, eine landespolitisch unterstützte regionale Vernetzung sowie eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung nötig, um den Trend sinkender privater Drittmittelanteile an den Hochschulen zu stoppen.

Duale Studiengänge sollten ausgebaut und verbindliche Praktika während des Studiums zum Pflichtprogramm werden.

4. Die Beschäftigungsfähigkeit lässt sich am besten durch aktive und praxisbezogene Formen des Lernens fördern. Das zeigen nicht zuletzt die dualen Studiengänge, deren Abbruchquote mit nur 7 Prozent weit unter der Quote anderer

Studiengänge liegt. Dieses Erfolgsmodell sollte ausgebaut werden. Außerdem sollten Praktika in allen Studiengängen obligatorisch sein.

5. Die Durchlässigkeit beider Bildungswege – beruflich und akademisch – gilt es zu verbessern. Deshalb sollte eine abgeschlossene Berufsausbildung als Hochschulzugangsberechtigung gelten. Außerdem sollten die akademische Ausbildung mit Praxiselementen und die berufliche Ausbildung mit theoretischen Vertiefungen angereichert werden. Um auf beiden Seiten Kompetenzen und Prüfungsleistungen anrechnen zu können, müssen außerdem bundesweite Mustervereinbarungen zur gegenseitigen Anerkennung entwickelt werden.

6. Ein System des lebenslangen Lernens ist erforderlich, um der demografischen Entwicklung, dem Fachkräftebedarf und der wachsenden Bedeutung wissenschaftlich fundierter Methoden in Arbeitsprozessen gerecht zu werden. Flexible, berufsbegleitende akademische Angebote sind allerdings rar, denn während die Hochschulen das Erststudium gebührenfrei anbieten, müssen sie weiterbildende Angebote auf Vollkostenbasis kalkulieren. Die Einführung von Studiengebühren würde diesen Widerspruch beseitigen.

7. Internationale Erfahrung spielt bei der Personalauswahl der Unternehmen eine immer größere Rolle. Gleichzeitig stagniert aber die Auslandsmobilität in einigen Studienbereichen. Deshalb sollte die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen sowie die Beratung zu Finanzierungsmöglichkeiten von Auslandsaufenthalten verbessert werden.

Eine bessere Betreuung brauchen auch die ausländischen Studenten in Deutschland, um die teils überdurchschnittlich hohen Studienabbrüche zu vermeiden.

8. Die finanzielle Basis der Hochschulen bröckelt: Der Anteil der Grundfinanzierung durch die Länder ist unter 50 Prozent des Gesamtbudgets der Hochschulen gesunken. Für die Sanierung von Hochschulen und Studentenwohnheimen fallen in den nächsten Jahren bis zu 37 Milliarden Euro an. Fast überall haben sich die Betreuungsrelationen verschlechtert, insbesondere in den MINT-Fächern (Grafik). Hinzu kommt der Investitionsbedarf für die Digitalisierung, der bislang noch nicht einmal beziffert ist.



Um diese Herausforderungen zu stemmen, sollten die jährlich rund 4 Milliarden Euro befristeten Bundesmittel für den Hochschulbereich verstetigt werden (Grafik). Bund und Länder sollten zudem einen Teil der Hochschulpaktmittel in einen Absolventenbonus umwidmen, der auch die Durchlässigkeit und internationale Mobilität berücksichtigt. Sozialverträgliche, nachgelagerte Studiengebühren von 1.000 Euro pro Jahr könnten den Hochschulen selbst bei großzügigen Ausnahmeregelungen für Bafög-Empfänger zusätzlich knapp 2 Milliarden Euro einbringen.

9. Das finanzielle Engagement des Bundes sollte auf einer gemeinsamen Strategieentwicklung mit den Ländern basieren. Als Plattform bietet sich die gemeinsame Wissenschaftskonferenz an. In Anlehnung an die erfolgreiche Deutsche Forschungsgemeinschaft sollte außerdem eine Deutsche Lehrgemeinschaft geschaffen werden, um Initiativen zur Verbesserung der Lehrqualität und Entwicklung von digitalen Werkzeugen zu fördern.


Hochschulfinanzierung: Das gibt der Bund

Befristete Programme und sonstige Förderinitiativen des Bundes im Hochschulbereich

■ Verfügbarer Bundesanteil in Millionen Euro im Jahr 2017

Hochschulpakt Förderlinie Studienplätze	2.446
Entflechtungsmittel Hochschulbau	695
Hochschulpakt Förderlinie DFG-Programmpauschalen	395
Qualitätspakt Lehre	200
Forschungsförderungsausgleich	181
Programm „Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen“	55
Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“	39
Insgesamt	4.011

Quelle: Gemeinsame Wissenschaftskonferenz
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Kernaussagen in Kürze:

- Auf die Digitalisierung, die Internationalisierung und den demografischen Wandel sind die deutschen Hochschulen nur unzureichend vorbereitet.
- Dringend erforderlich ist auch eine Verbesserung der Lehre, um die Abbrecherzahlen zu senken.
- Die einzelnen Hochschulen können auf diese Probleme nur bedingt reagieren, nötig wäre eine länderübergreifende Koordination.